

## Neues Infoblatt

Der Kreisverband Tuttlingen von B90/Die Grünen betritt mit dieser Ausgabe Neuland und möchte über grüne Politik und grüne Standpunkte im Kreis und darüber hinaus berichten. Gleichzeitig wollen wir Diskussionen anstoßen und Netzwerke knüpfen. Alle, die sich für eine sozial gerechte Gesellschaft, für den Schutz des Klimas und der Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen sowie ökologisches Wirtschaften einsetzen, können mitmachen, sollen mitmachen. Wer also etwas los werden will, wendet sich bitte an uns: [kv.tuttlingen@gruene.de](mailto:kv.tuttlingen@gruene.de)  
Das neue Infoblatt wird einmal pro Quartal erscheinen.



„Mappi - Schnappi, das Krokodil“ (Foto: dpa)



## Unglaublich, aber so gesagt:

"Ich wünsche mir, dass auch in Deutschland - und in ganz Europa - das Tragen aller Formen der Burka verboten wird. Wer Frauen verhüllt, nimmt ihnen das Gesicht und damit ihre Persönlichkeit"...

"Die Burka ist ein massiver Angriff auf die Rechte der Frau, sie ist ein mobiles Gefängnis"... "Die vollständige Verhüllung von Frauen ist ein aufdringliches Bekenntnis zu Werten, die wir in Europa nicht teilen."

(Silvana Koch-Mehrin, FDP, in einem Interview mit „Bild am Sonntag“, Mai 2010)

## Gefährliche soziale Schieflage

### Das „Sparpaket“ der Bundesregierung ist geschnürt mit Sozialkürzungen

(Kö) Die gute Nachricht zuerst: Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat den Bau des Berliner Stadtschlösses gestoppt. Die schlechte Nachricht: Der Baubeginn wurde auf 2014 verschoben. „Freibier für alle macht beliebt. Aber dann fährt der Karren an die Wand“, so hatte Westerwelle zum Auftakt der Sparklausurtagung gesagt. Aber war der Karren nicht schon längst zerbrochen und wer trägt die Schuld? Die selbstverordnete Schuldenbremse verdonnert die Bundesregierung zum Sparen: 80 Milliarden Euro müssen bis 2014 zusammengestrichen werden. Sonst droht der Verweis aus Brüssel. Steuererhöhungen sind nicht geplant und ob die viel diskutierte Finanzmarkttransaktionssteuer kommt, bleibt nur zu hoffen. International wird Frau Merkel wohl keine Mehrheiten finden. Eine Luftbuchung zu der sich auch noch eine globale Minderausgabe in Höhe von 5,6 Mrd. € für 2014 gesellt, deren Zusammensetzung allerdings noch in den Sternen steht.

Die Kürzungen sollen ausgewogen sein und alle Bevölkerungsgruppen würden gleichmäßig belastet, so die CDU. An der Umsetzung hat dann aber wohl

der Wille gefehlt. Belastet werden die, die an der ganzen Misere keine Schuld tragen: Arbeitslose und Wohngeldempfänger. Der Wegfall des Elterngeldes für Hartz-IV-EmpfängerInnen und die Streichung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger sind geplant. Das Elterngeld sei „systemfremd“ und widerspreche dem Bedürftigkeitskriterium, so Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU). Das Lohnabstandsgebot soll klarer ausgestaltet werden. „Deswegen ist es ordnungspolitisch, marktwirtschaftlich richtig, das so zu machen.“ FDP - Generalsekretär Lindner sprach von „systemwidrig“ Wer so spricht, ist vielleicht ein Systemkenner hat aber die Schieflage nicht erkannt, sondern fördert sie eher und arbeitet gegen eine sozial - gerecht ausgerichtete Zukunftsperspektive. Es führt zu einer Selektion von Eltern und Kindern in eine 1. und 2. Klasse. Für Hartz - IV Bezieher soll in Zukunft nichts mehr in der Rentenkasse einbezahlt werden. Die Altersarmut wird dadurch zusätzlich gefördert. Effiziente Arbeitsmarktmaßnahmen, wie sie die Kanzlerin fordert, werden demnächst nach Ermessen des

Sachbearbeiters vergeben. Im Gesamten betrachtet wird der Arbeitslose zum Sparschwein. Um die Kürzungen nicht zu einseitig darzustellen, setzt die Bundesregierung auch zarte Pflänzchen für die Ökologie: Ausnahmen bei der Ökosteuer für Industriebetriebe sollen gestrichen werden, eine ökologische Luftverkehrsabgabe ist geplant, und mit einer Brennelementesteuer sollen die Kernkraftbetreiber zur Kasse gebeten werden. Hier versteckt sich allerdings gedanklich schon die Laufzeitverlängerung und ein Drehen an der Strompreisspirale ist schon zu erahnen.

**Grüne Sparpolitik sieht anders aus. Sie muss als Chance verstanden werden, Zukunft neu zu gestalten. Dabei stehen alle in der Verantwortung. Neben konsequenten Subventionsabbau müssen die Krisengewinner und die Vermögenden zur Kasse gebeten werden. Der Spitzensteuersatz muss nach oben und wir brauchen eine Vermögenssteuer.** Streiten wir uns also aus der Krise in eine grüne Zukunft ohne soziale Kälte. Infos zum Grünen New Deal unter:

[www.gruene.partei.de/cms/default/dokbin/258/258004.gruener\\_new\\_deal.pdf](http://www.gruene.partei.de/cms/default/dokbin/258/258004.gruener_new_deal.pdf)

## Mappus hält an Laufzeitverlängerung fest

### Aggressivster atompolitischer Scharfmacher der Republik

Energiepolitisch habe sich der neue Ministerpräsident als „der aggressivste atom-politische Scharfmacher der Republik“ hervorgetan, so Kühn. Die schwarz - gelbe Landesregierung streite an vorderster Front für längere AKW-Laufzeiten. „Mappus kämpft mit allen Mitteln für einen Ausstieg aus dem Atomausstieg und schreckt dabei nicht einmal davor zurück, unliebsame Parteifreunde zum Rücktritt zu drängen.“ Es sei seines Amtes

unwürdig, wenn der Ministerpräsident die Frage, ob mögliche AKW Laufzeitverlängerungen die Zustimmung des Bundesrats benötigen, rein parteitaktisch interpretiere. „Es geht dabei um eine Verfassungsfrage und nicht um Atomlobbyismus.“ Für eine zukunftsfähige Energieversorgung brauche Baden - Württemberg dringend eine Energiewende weg von Atom und Kohle hin zu mehr Erneuerbaren Energien, mehr

Energieeffizienz und mehr Energieeinsparung, sagte Kühn. „Nur so kann das Land seine Verantwortung für den Klimaschutz wahrnehmen.“ Deshalb müsse am Atomausstieg festgehalten und das AKW Neckarwestheim abgeschaltet werden. Hilfe erhält Mappus auch vom Fraktionsvorsitzenden der CDU Volker Kauder. Dieser vertritt die Auffassung: "Die Laufzeiten der Kernkraftwerke werden deutlich verlängert."

## Ansprechpartner

### KV Tuttlingen

Thomas Kölschbach

Witthohstraße 38

78576 Emmingen-Liptingen

Tel.: 07465-920093

koelschbach@t-online.de

### OV Tuttlingen

Kurt Hauser

Lohmelenring 72/5

78532 Tuttlingen

Tel.: 07461 - 7602883

khauser@arcor.de

### OV Spaichingen

Alexander Efinger

Alleestraße 52

78549 Spaichingen

Tel.: 07424 - 6892

alexander.efinger@t-online.de

## Termine und Tipps

### 14. Juli 2010, 19.30 Uhr

Rittergarten, Besuch von Kerstin Andreae MdB, wirtschaftspol. Sprecherin;

### 07. Oktober 2010, 20.00 Uhr

Stammtisch B90/Die Grünen OV Tuttlingen, Rittergarten;

Die **attac** Ortgruppe Tuttlingen trifft sich jeden zweiten Mittwoch im Monat im Rittergarten, Beginn 19.30 Uhr;

[www.ecosia.de](http://www.ecosia.de), die umweltfreundliche Suchmaschine

**DEINE DATEN  
GEHÖREN DIR.  
DATENSCHUTZ IST  
BÜRGERRECHT**



## Impressum

Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Tuttlingen, Witthohstraße 38, 78576 Emmingen – Liptingen, Tel.: 07465-920093 E-Mail: kv.tuttlingen@gruene.de [www.gruene-tuttlingen.de](http://www.gruene-tuttlingen.de) Auflage: 450 Druck: Umweltpapier V.i.S.d.P.: Thomas Kölschbach c/o Bündnis90/Die Grünen Redaktion u. Satz: Thomas Kölschbach (Kö), Mitarbeit: Hans- Martin Schwarz (Sch)

## Spardiskussion und Landratswahl

(Sch) Die Kreistagsfraktion der Offenen Grünen Liste (OGL) hat bei ihrer letzten Fraktions-sitzung einige grundlegende Positionen erarbeitet.

Beim Sparen - gerade im sozialen Bereich - kann nach Auffassung von OGL - Kreisrätin Christiane Denzel sehr schnell das Gegenteil dessen erreicht werden, was bezweckt wird: Man spart zwar, gibt aber letztlich dennoch mehr Geld aus, da so genannte Freiwilligkeitsleistungen für den Landkreis schnell zum Pflichtbereich werden. So können Suchtkranke, miss-handelte oder psychisch belastete oder auch arme Menschen sowie zu wenig geförderte Schüler schnell in den Aufgabenbereich des Landkreises hinein kommen, wenn freien Trägern die Zuschüsse gekürzt würden. Der Landkreis ist dann verpflichtet, diese Menschen selbst zu betreuen.

„Außerdem können die freien Träger, anderes als eine Behörde, viel mehr Ehrenamt mobilisieren, das aber auch nicht überfordert werden darf“ stellte Hans - Martin Schwarz fest. Im Übrigen stehe die Offene Grüne Liste fest zum Subsidiaritäts - Prinzip, das schließlich besage, dass alle Aufgaben, die freie Träger genauso gut oder besser wahrnehmen können, eben diesen mit entsprechender Be-zuschussung durch den Landkreis überlassen werden sollten.

## 22.400.000.000 Euro

(Kö) Das ist die Summe für Gewährleistungen für Kredite an die Hellenische Republik, die die Bundesrepublik Deutschland übernimmt. Beschlossen per Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen zum Erhalt

## Gesplittete Abwassergebühr kommt

(Kö) Nach dem Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Mannheim vom 11.03.2010 werden fast alle Städte und Gemeinden ihre Abwassergebühren neu berechnen müssen. Damit hält der VGH an seiner bisherigen Rechtsprechung nicht mehr fest. Die Erhebung einer nach dem Frischwassermaßstab berechneten einheitlichen Abwassergebühr verstößt nun gegen den Gleichheitssatz sowie dem Äquivalenzprinzip.

## Stromspartipp

Leerlaufverluste bei Stand-by - Geräte können durch Trennen vom Stromnetz vermieden werden oder durch den Einbau einer abschaltbaren Steckdosenleiste.

Beim Kauf: Geräte ohne Stand-by bevorzugen!



## Der neue Kreisvorstand (v. l.):

Michael Dufner (Presse/Homepage), Daniela Dufner (Protokoll), Thomas Kölschbach (Sprecher/Presse) Alexander Efinger (Kasse/Geschäftsstelle)

bürger/innen und auch der Kreisrät/innen froh sei, dass Guido Wolf wieder kandidiere. Die Offene Grüne Liste gehe die Angelegenheit inhaltlich an und wolle mit G. Wolf vorwiegend über soziale, ökologische und Bildungsthemen sprechen, die der OGL und ihren Wählern wichtig seien. Ohnehin spricht sich die Offene Grüne Liste für die Volkswahl des Landrats aus.

der für die Finanzstabilität in der Währungsunion erforderlichen Zahlungsfähigkeit der Hellenischen Republik (WFStG). Wir danken allen Fondsmanagern, Spekulanten sowie korrupten Politikern für ihren unermüdlichen Einsatz.

Statt einer einheitlichen Abwassergebühr muss in Zukunft eine Schmutzwasser- und Niederschlagswasser- gebühr mit unterschiedlichen Gebührenmaßstäben erhoben werden.

Konnten kleinere Kommunen bisher damit begründen, dass entweder der Kostenanteil für die Regenwasserent-sorgung weniger als 12% beträgt oder mindestens 90% aller Grundstücke homogen

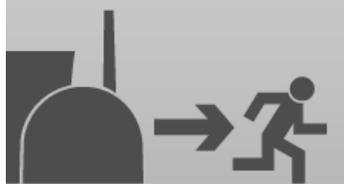
## Rätsel

Welcher Politiker hat folgenden Satz ausgesprochen:

„Ich wurde in den Dschungel der Spendenaffäre hineingezerrt und habe etwas übernommen, was ich hinten und vorne nicht übersehen konnte“.

Antworten bitte an die Redaktion. Es winken drei Preise. Unter anderem ein original Spendenkoffer in Kunstleder, schwarz.

**ATOMAUSSTIEG  
EINFACH SELBER  
MACHEN**



[www.atomausstieg-selber-machen.de](http://www.atomausstieg-selber-machen.de)

sind bzw. homogene Benutzungsverhältnisse zwischen Frischwasserverbrauch und abgeleitetem Regenwasser vorliegen, so spielt das nun keine Rolle mehr. Es wird sich eine Kostengerechtigkeit einstellen, bei der alle Maßnahmen der natürlichen Versickerung von Regenwasser positiv angerechnet werden. Mit einer Gebührenerhöhung für den Eigenheimbesitzer muss nicht gerechnet werden.